



JUSAMANDI

02/2020 Zeitschrift für gleichgeschlechtliche Liebe und Recht

Foto: Wikipedia



**Türkise lesbische und
schwule Abgeordnete**

**Parteiinteressen
wichtiger als
Diskriminierungsschutz**



Nationalrat

Türkise lesbische und schwule Abgeordnete: Parteiinteressen wichtiger als Diskriminierungsschutz

Die offen lesbischen und schwulen Abgeordneten der ÖVP verweigern sich einer Initiative des Rechtskomitees LAMBDA (RKL) für ein überparteiliches Vorgehen zur Beseitigung der immer noch bestehenden Schutzlosigkeit von homo- und bisexuellen Menschen gegen Diskriminierung außerhalb des Arbeitsplatzes. Das RKL, Österreichs LGBTI-Bürgerrechtsorganisation, zeigt sich zutiefst enttäuscht, dass den türkisen offen lesbischen und schwulen Abgeordneten Parteiinteressen wichtiger sind als Grund- und Menschenrechte.



Nach langem Kampf dürfen gleichgeschlechtliche Paare endlich auch in Österreich heiraten und sind im Familienrecht völlig gleichgestellt. Dennoch dürfen sie in unserem Land – anders als in fast allen anderen Ländern West- und Mitteleuropas (siehe <https://www.rklambda.at/index.php/de/rechtsvergleich#diska>) – immer noch legal aus Taxis, aus Restaurants und Kaffeehäusern geworfen und ihnen Hotelzimmer und andere Waren und Dienstleistungen verweigert werden (siehe dazu beispielsweise <https://www.gleichbehandlungsanwaltschaft.gv.at/-/beschimpft-belaestigt-nicht-geschuetzt>). Erst Anfang Juni dieses Jahres hat der Europarat Österreich aufgerufen, diese Schutzlosigkeit zu beenden (ECRI-Bericht über Österreich 02.06.2020, par. 98, <https://rm.coe.int/report-on-austria->

[6th-monitoring-cycle-translation-in-german-/16809e826e](https://www.rklambda.at/index.php/de/6th-monitoring-cycle-translation-in-german-/16809e826e)).

Zur Auflösung der parteipolitisch festgefahrenen Situation in dieser nicht tagespolitischen sondern grundsätzlich menschenrechtlichen Frage hat das Rechtskomitee LAMBDA (RKL) die Initiative ergriffen für einen fraktionsübergreifenden Antrag der offen homosexuellen Abgeordneten des Nationalrats: Entsprechend dem seinerzeitigen fraktionsübergreifenden Antrag weiblicher Abgeordneter zur Aufnahme der Töchter in die Bundeshymne, der eine ähnlich parteipolitisch festgefahrte Situation in einer Grundsatzfrage lösen konnte (https://www.ots.at/presseaus-sendung/OTS_20111122_OTS0321/die-gegenderte-bundeshymne-heiss-umfeh-det-wild-umstritten-die-hymne-als-spie-gelbild-gesellschaftlichen-bewusstseins).

Meri Disoski, Grüne; David Stögmüller, Grüne), hingegen haben es bis zum gewünschten Antwortdatum (22.06.2020) (<https://www.ggg.at/2019/10/25/queere-repraesentanz-im-hohen-haus/>) nicht einmal für wert befunden, dem RKL auch nur zu antworten.

Nachdem das RKL dies in einer Presseaus-sendung am 23.06.2020 öffentlich gemacht hatte, was für großes Aufsehen und erheblichen Ärger in der Community sorgte, erklärte Dr. Ewa Ernst-Dziedzic, stv. Klubobfrau und LGBTI-Sprecherin, für sich und für die Fraktion der Grünen, dass sie den vom RKL vorgeschlagenen parteiübergreifenden Gesetzesantrag im Nationalrat miteinbringen werden, sofern auch homosexuelle Abgeordnete der ÖVP mitmachen. Die beiden offen homosexuellen Abgeordneten der ÖVP, Martina Kaufmann, MMSc BA und Nico Marchetti, war die Initiative des RKL für ein überparteiliches Vorgehen bis Redaktionsschluss (27.06.2020) immer noch keine Antwort wert.

Nicht einmal einer Antwort wert

Die offen homosexuellen Abgeordneten Dr. Harald Troch (SPÖ) und Yannick Shetty (NEOS) haben zugesagt, dass sie einen solchen fraktionsübergreifenden Antrag miteinbringen. Die offen lesbischen und schwulen Abgeordneten der beiden Regierungsparteien (Martina Kaufmann, MMSc BA, ÖVP; Nico Marchetti, ÖVP; Dr. Ewa Ernst-Dziedzic, Grüne; Mag. Faika El-Nagashi, Grüne; Mag.

„Wir sind zutiefst enttäuscht, dass den türkisen offen lesbischen und schwulen Abgeordneten Parteiinteressen erkennbar wichtiger sind als Grund- und Menschenrechte“, sagt Dr. Helmut Graupner, Präsident des Rechtskomitees LAMBDA (RKL), „Nur offen homosexuell zu sein, ist noch kein Verdienst.“ ●



Martina Kaufmann (ÖVP)



Nico Marchetti (ÖVP)



Yannick Shetty (Neos)



Harald Troch (SPÖ)



Ewa Ernst-Dziedzic (Grüne)



Faika El-Nagashi (Grüne)



Deri Disoski (Grüne)



David Stögmüller (Grüne)

Drittes Geschlecht

Strafanzeige gegen Innenminister Nehammer wegen Amtsmissbrauchs

Innenminister Karl Nehammer, sein Vorgänger Herbert Kickl und der Bürgermeister von Steyr, Gerald Hackl, sehen sich mit einer Strafanzeige bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) wegen Amtsmissbrauchs konfrontiert, auf Grund ihrer Weigerung, rechtskräftigen Gerichtsentscheidungen zum Dritten Geschlecht nachzukommen. Das Rechtskomitee LAMBDA (RKL), Österreichs LGBTI-Bürgerrechtsorganisation, hofft, dass dem Rechtsstaat nach der bereits zwei Jahre dauernden offenen Rechtsverweigerung nun endlich zum Durchbruch verholfen wird.



Im Juni 2018 hat der Verfassungsgerichtshof auf Beschwerde von Alex Jürgen entschieden, dass intergeschlechtliche Personen ein Grundrecht darauf haben, dass ihr Geschlecht im Zentralen Personenstandsregister und in Urkunden nicht als männlich oder weiblich eingetragen wird und die Geschlechtsbezeichnung „inter“ als ausdrücklich zulässig erklärt. Das oberösterreichische Landesverwaltungsgericht hat daraufhin am 3. Juli 2018 geurteilt, dass das Geschlecht von Alex Jürgen im Zentralen Personenstandsregister, wie beantragt, mit „inter“ einzutragen ist.

Seit diesem 3. Juli 2018, also seit nun zwei Jahren, ist der Bürgermeister von Steyr verpflichtet, dem Urteil des Landesverwaltungsgerichtes nachzukommen und „inter“ einzutragen. Bis heute ist das nicht geschehen.

Innenminister Kickl hatte sich gegen das Erkenntnis des oberösterreichischen Landesverwaltungsgerichtes an den Verwaltungsgerichtshof gewandt und aufschiebende Wirkung beantragt. Der Verwaltungsgerichtshof hat weder die aufschiebende Wirkung bewilligt noch Kickl recht gegeben. Am 14. Dezember 2018 hat er das Erkenntnis des oberösterreichischen Landesverwaltungsgerichtes bestätigt. Wie bereits der Verfassungsgerichtshof geurteilt hat, sei „inter“ ausdrücklich zulässig, so das Höchstgericht.

Sechs Tage danach hat Innenminister Kickl dennoch die Bürgermeister (Standesämter) angewiesen, als dritten Geschlechtseintrag nur „divers“ zuzulassen. Die Software, die dem Zentralen Personenstandsregister zu Grunde liegt, hat er so geändert, dass nur „männlich“, „weiblich“ und „divers“

eingetragen werden kann, nicht aber das gerichtlich angeordnete „inter“.

Im Februar 2020 hat das oberösterreichische Landesverwaltungsgericht bestätigt, dass der Bürgermeister von Steyr seit Juli 2018 verpflichtet ist, den Geschlechtseintrag von Alex Jürgen im Personenstandsregister auf „inter“ zu berichtigen. Des Weiteren ist eine Geburtsurkunde mit „inter“ auszustellen. Auch auf diese wartet Alex Jürgen bis heute.

Trotz der rechtskräftigen Urteile beider (!) Höchstgerichte, des Verfassungsgerichtshofs und des Verwaltungsgerichtshofs, sowie zweier rechtskräftiger Entscheidungen des oberösterreichischen Landesverwaltungsgerichtes weigern sich Innenminister Nehammer und der Bürgermeister von Steyr hartnäckig, den Geschlechtseintrag von Alex Jürgen in das gerichtlich angeordnete „inter“ zu berichtigen.

Innenminister Nehammer hat am 10.04.2020 in Beantwortung einer Anfrage des NEOS-Abgeordneten Yannick Shetty erklärt, am Kickl-Erlass festzuhalten, weil dieser Erlass „den im Sinne des Höchstgerichts verfassungskonformen, bundesweit einheitlichen Vollzug des Personenstandsrechts in diesem Bereich“ gewährleiste (919/AB).

„Nach zwei Jahren offener Rechtsverweigerung bleibt kein anderer Weg mehr als die Strafanzeige gegen die verantwortlichen Amtsinhaber“, sagt Dr. Helmut Graupner, Präsident des Rechtskomitees LAMBDA (RKL) und Anwalt von Alex Jürgen, „Wir hoffen sehr, dass die Strafjustiz dem Rechtsstaat nun endlich zum Durchbruch verhelfen wird.“ ●



Maxingstraße
22-24/4/9
A-1130 Wien

Telefon/Fax
+43(1) 876 61 12
Mobiltelefon +43
(0)676/309 47 37

Dr. Helmut Graupner

Rechtsanwalt, Verteidiger in Strafsachen

www.graupner.at
E-Mail: hg@graupner.at

Präsident Rechtskomitee LAMBDA, Co-Präsident Österr. Gesellschaft für Sexualwissenschaften (OGS), Vice-President for Europe der International Lesbian Gay Bi Trans and Intersex Law Association (ILGLaw), Co-Coordinator der European Commission on Sexual Orientation Law (ECSOL), Member of the World Association for Sexual Health (WAS).

In Kooperation mit Kanzleien in Amsterdam-Berlin-Bogotá-Genf-Jerusalem Kapstadt-London-Paris-Stockholm-Sydney-Toronto-Vancouver



**REPLACE CLOTHES
WITH PAINT
THE BODYPAINTING
ART PROJECT BY
NEIL CURTIS**

Follow or participate as a model!
www.neilcurtis.com
[instagram.com/neilcurtis](https://www.instagram.com/neilcurtis)

**Bundesminister für Inneres:
Karl Nehammer (ÖVP)**





„HOMO-HEILUNGEN“

UNO verurteilt Konversionstherapien als Folter

➔ Nach dem *Internationalen Rehabilitations-Rat für Folteropfer (IRCT)* im April 2020 hat im Mai 2020 nun auch der *Unabhängige Experte für Schutz gegen Gewalt und Diskriminierung auf Grund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität im UN-Menschenrechtsrat* Konversionstherapien zur „Heilung“ homo- und bisexueller Menschen („Umpolungstherapien“) als Folter und grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung verurteilt. Gefordert wird ein weltweites Verbot samt wirksamer Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung, ein-

schließlich gesellschaftlicher Sensibilisierung und Aufklärung sowie eines gesetzlichen Schutzes gegen Diskriminierung.

In Österreich hat das Parlament vor einem Jahr die Regierung aufgefordert, einen Gesetzesentwurf zum Verbot von Konversionstherapien nur bei Minderjährigen vorzulegen. Sogar diese, auf Minderjährige eingeschränkte (einstimmige!) Aufforderung des Parlaments ignoriert die Bundesregierung bis heute. Und Diskriminierung auf Grund sexueller Orientierung ist in Österreich immer noch nur am Arbeitsplatz verboten. Gegen einen Schutz auch außerhalb der Arbeitswelt wehrt sich die ÖVP mit Zähnen und Klauen. Bislang bei jedem Koalitionspartner erfolgreich.

Beim Schenken ans RKL denken!

Online Shoppen und kostenlos spenden!

Mit nur drei Mausklicks können Sie bei Ihrem Onlineeinkauf kostenlos für das RKL spenden: www.shop2help.net/RKLambda

Wir kämpfen für Deine Rechte!

Werde Mitglied und spende für unsere wichtige Arbeit

www.rklambda.at/index.php/de/mitgliedschaft

Erste Bank AG AT622011128019653400

RKL Rechtsberatung

durch qualifizierte JuristInnen: **jeden Donnerstag 19-20 Uhr**

in Kooperation mit und in der Beratungsstelle **COURAGE, Windmühlg. 15/1/7, 1060 Wien, Voranmeldung: 01/585 69 66. kostenlos – anonym**

Das RKL Kuratorium

➔ em. Univ.-Prof. Dr. **Josef Christian Aigner**, ➔ NR-Abg. a.D. Mag. **Thomas Barmüller**, ➔ NR-Abg. **Petra Bayr**, SPÖ ➔ Univ.-Prof. Dr. **Nikolaus Benke**, Legal Gender Studies, Univ. Wien ➔ LAbg. a.D., NR-Abg. a. D. Univ. Prof. Dr. **Christian Brünner**, Prof. für Staats- u. Verw.recht, Univ. Graz ➔ Dr. **Erik Buxbaum**, vorm. Gen.dir. f. öff. Sicherheit ➔ stv. Klubobfrau NR-Abg. Dr. **Ewa Dziedzic**, Die Grünen ➔ BM a.D. NR a.D. Abg. Dr. **Caspar Einem**, SPÖ ➔ **Sandra Frauenberger**, Amtsf. Stadträtin (Wien) a.D., Gf. Dachv. Wr. Sozial-eintr. ➔ Univ.-Prof. Dr. **Max Friedrich**, Vorst. d. Univ.-Klinik für Neuropsychiatrie des Kindes- u. Jugendalters, AKH Wien ➔ em. Univ.-Prof. Dr. **Bernd Christian Funk**, Inst. für Staats- und Verwaltungsrecht, Univ. Wien ➔ Mag. **Karin Gastingner**, BM f. Justiz a.D. ➔ Dr. **Marion Gebhart**, Kinder- u. Jugendanwältin d. Stadt Wien a.D. ➔ Dr. **Irmgard Griss**, NR a.D., Verfassungsrichterin & vorm. Präs. OGH ➔ NR-Abg. a. D. **Gerald Grosz**, BZÖ ➔ Dr. **Alfred Gusenbauer**, Alt-Bundeskanzler ➔ BM a.D. Dr. **Hilde Hawlicek**, SPÖ ➔ Dr. **Barbara Helige**, Vorm. Präs. Richtervereinigung ➔ **Michael Helttau**, Kammerschauspieler ➔ NR-Abg. a.D. Dr. **Elisabeth Hlavac**, SPÖ ➔ Dr. **Lilian Hofmeister**, Verfassungsrichterin und CEDAW-Expertin ➔ Univ.-Prof. Dr. **Elisabeth Holzleithner**, Legal Gender Studies, Univ. Wien ➔ Dr. **Judith Hutterer**, Generalsekr. Öst. Aids-Ges. ➔ Hon.-Prof. Dr. **Udo Jesionek**, vorm. Präs. Jugendgerichtshof, Präs. Weißer Ring ➔ Mag. **Christian Kern**, Altbundeskanzler ➔ **Gery Keszler**, Life-Ball ➔ NR-Abg. a.D. Dr. **Volker Kier** ➔ Univ.-Prof. Dr. **Christian Köck** ➔ Dir. Dr. **Franz Kronsteiner**, Vorm. Vorstandsvors. D.A.S. Österr. ➔ NR-Abg. a.D. **Mario Lindner**, vorm. Präs. d. Bundesrats ➔ **Thomas Mader**, VPräs. First Vienna FC 1894 ➔ Univ.-Prof. DDR. **Heinz Mayer**, emer. Dekan Rechtswiss. Fakultät Univ. Wien ➔ Prof. Dr. **Roland Miklau**, Ehrenpräs. Öst. Juristenkomm. ➔ Dr. **Michael Neider**, SC BMJ iR ➔ Univ.-Prof. Dr. **Manfred Nowak**, Boltzmann-Inst. f. Menschenrechte, UN-Sonderberichterstatter ➔ Mag. **Heinz Patzelt**, Generalsekr. Amnesty Int. Österreich ➔ Univ.-Prof. Mag. Dr. **Rotraud A. Perner**, Sexualwissenschaftlerin ➔ LAbg. a.D. MMag. Dr. **Madeleine Petrovic**, Präs. Wr. Tierschutzv. ➔ Univ.-Doz. Dr. **Arno Pilgram**, Inst. f. Rechts- u. Kriminalsoz., Univ. Wien ➔ DSA **Monika Pinterits**, Kinder- u. Jugendanwältin d. Stadt Wien i.R. ➔ Dr. **Elisabeth Rech**, Vorm. Vizepräs. Rechtsanwaltskammer Wien ➔ MEP Mag. **Andreas Schieder**, SPÖ-Klubobmann ➔ Dr. **Anton Schmid**, vorm. Kinder- u. Jugendanwalt d. Stadt Wien a.D. ➔ BR-Abg. **Marco Schreuder**, Die Grünen ➔ Dr. **Elisabeth Steiner**, vorm. Richterin EGMR ➔ NR-Abg. a.D. Mag.^a **Terezija Stoisits**, Volksanwältin a.D. ➔ Dr. **Peter Tischler**, SenPräs OLG Ibk i.R. ➔ Univ.-Prof. Dr. **Hans Tretter**, Boltzmann-Instit. f. Menschenrechte ➔ Univ.-Prof. Dr. **Alexander Van der Bellen**, Bundespräs. ➔ Univ.-Lekt. Mag. **Johannes Wahala**, Ö. Ges. f. Sexualwissenschaften ➔ Univ.-Prof. Dr. **Ewald Wiederin**, Inst. f. Verf.- u. Verwaltungsrecht, Univ. Salzburg ➔ Dr. **Mia Wittmann-Tiwald**, Co-Vors. FG Grundrechte der Richtervereinigung, Präs. Handelsgericht Wien ➔ Mag. **Gisela Wurm**, stv. Klubobfrau NR-Abg. A.D., SPÖ